

6. Die Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst war nicht Pflicht. Sie ist vielen Menschen, auch denen aus der Bürgerbewegung, angetragen worden. Die meisten haben die Zusammenarbeit abgelehnt, manche unter Inkaufnahme von Nachteilen für eigenes Fortkommen, mitunter für Leben und Gesundheit (Autounfall, psychische Erledigung,...).

7. Nach den Erkenntnissen der Gauck-Behörde sind die IM "keine fiktiven Konstruktionen" gewesen, sondern Personen, die jahrelang konspirativ mit dem MfS zusammengearbeitet haben oder der Stasi als "offizielle Quellen" dienten.

8. Eine nachweisliche, bewußte Verstrickung mit dem Apparat der Staatssicherheit muß zu Konsequenzen führen, wenn nicht die Ergebnisse der Revolution verraten werden sollen. Für eine Übergangszeit sollte gelten: Für Vertrauensstellungen im Rechts- und Gesundheitswesen, im politischen, pädagogischen und kirchlichen Bereich sowie für Führungspositionen in anderen Sektoren ungeeignet.

9. Menschen, die sich mit der Stasi freiwillig oder unter Druck eingelassen haben - jeder Fall liegt anders - müssen nach einer Übergangszeit die Chance zu einem Neubeginn erhalten. Das Prinzip Rache oder Vergeltung liefert keine für die Demokratie gültigen Maßstäbe. Vor allem diejenigen, die sich offenbaren, müssen wissen, daß sie in der Gesellschaft nicht verstoßen werden. Dies gilt vor allem für solche Menschen, die während der DDR-Zeit mit der Stasi gebrochen haben.

10. Die Deutschen im Westen müssen lernen, daß Zivilcourage und Widerstand unter den Bedingungen einer Diktatur möglich waren. Hier bedarf es der Prüfung und Untersuchung, aus welchen Gründen eine nachdrückliche Unterstützung der Widerstandsbewegung in der ehemaligen DDR sowie Mittel- und Osteuropa auch unter den Bedingungen der allgemein anerkannten Entspannungspolitik unterblieb.

29.2.92

Angelika Barbe (MdB, SPD), Bärbel Bohley (Bürgerrechtlerin), Ulf Fink (CDU-Vors. Brandenburg), Jürgen Fuchs (Schriftsteller), Martin Gutzeit (SPD), Roland Jahn (Journalist), Uwe Lehmann-Brauns (MdA, CDU), Reinhard Schult (MdA NEUES FORUM), Prof. Manfred Wilke (Freie Universität Berlin).

Quelle: NEUES FORUM BULLETIN Nr. 13 vom 13.03. 1992, S. 13,14.